

Kristallisationspunkte der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hessen¹

von Dietfrid Krause-Vilmar

Vorbemerkung

Die Geschichte des Umgangs mit dem Nationalsozialismus in Hessen ist noch nicht erforscht. Einzelne Ereignisse, aus denen Rückschlüsse zum Thema zu rekonstruieren sind, sind untersucht oder dokumentiert (z.B. zur Entnazifizierung, zum Umgang der Justiz mit den NS-Verbrechen)² und Biographien einzelner Landespolitiker sind geschrieben.³ Bekannt ist auch die wegweisende., sich ganz klar und bewusst von der NS-Zeit abgrenzende Programmatik der Hessischen Landesverfassung, doch war – wie konnte es anders sein - der Verfassungstext ein ernst genommener Auftrag und Prospekt für die Zukunft, nicht schon Verfassungswirklichkeit.

Auch über die Nazizeit selbst in Hessen gibt es nur wenige Gesamtdarstellungen. Eugen Kogon und Wolf-Arno Kropat behandeln cursorisch die ersten Jahre, Eike Hennig die Machtergreifung, Eberhart Schön die NSDAP, Marie-Luise Reckers Überblick betrifft schwerpunktmäßig den Volksstaat.⁴ Erfreulicherweise gibt es zahlreiche neuere regionale und lokale Studien.

Eine zumindest in Umrissen angelegte zeitgeschichtliche Gesamtdarstellung, wie das Land Hessen bzw. die Bürger in diesem Land mit der NS-Zeit *nach* 1945 umgegangen sind, konnte nicht ermittelt werden. Die Tatsache, dass das Bundesland Hessen territorial eine politische Neuschaffung nach 1945 war, (Preußen und der Volksstaat Hessen waren aufgelöst) begünstigte vielleicht den Blick nach vorne und erschwerte den Blick zurück. Im Sinne der Kontinuität von Regierung und Verwaltung hatte die neue Staatsregierung und der neue Landtag institutionell keine „Hypothesen“ aus der NS-Zeit. Das sah auf der Ebene der Regierungsbezirke und der Kommunen freilich anders aus.

Angesichts dieser Literaturlage und mangels eigener Forschungen zum Thema kann im folgenden nicht mehr als eine *tour d'horizon*, eine erste Bestandsaufnahme, verbunden mit einigen Arbeitshypothesen, formuliert werden, die der Vertiefung, Präzisierung und gegebenenfalls auch der Korrektur durch künftige Forschung bedürfen. Im folgenden versuche ich, einzelne Zeitabschnitte unter übergreifenden Gesichtspunkten zu ordnen und damit eine erste Periodisierung vorzuschlagen.

Die Schwierigkeit der Ausgangslage

Immer deutlicher tritt für mich zutage, wie langfristig und schwierig, wie widerständig und umwegig die Bearbeitung dieser Hypothek, deren „Abtragen“ – anders kann ich es nicht aus-

drücken - war und ist. Zum einen ist das Geschehen der NS-Massenmorde und -Verbrechen selbst nicht geklärt – und bleibt wahrscheinlich im letzten nicht aufklärbar, so viele ernsthafte Versuche in dieser Richtung auch unternommen wurden. Zum zweiten handelt es sich bei der Nazizeit um ein Phänomen mit tief prägenden Langzeitwirkungen in die psychische und geistige Verfassung der Menschen hinein. NS-Gesinnung konnte man nicht nach 1945 wie ein Kleid ablegen und ein neues anziehen. Es handelte sich nach dem Ende des Regimes im Jahre 1945 mithin um eine sehr langfristige in Angriff zu nehmende Aufgabe der politischen und historischen Bildung, nicht zuletzt auch um eine Frage der Kultur, der Lebensform. Wie umgehen z.B. mit Menschen mit einer Behinderung? Wie mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen? Wie mit Türken oder Afrikanern in der Nachbarschaft? Gerade in diesen Fragen hatte der Hitler-Staat langfristig wirksame barbarische Maßstäbe und Praktiken durchgesetzt, deren Überwindung in der Geschichte nach 1945 Jahrzehnte in Anspruch nahmen. Da es sich dabei um Bildungsfragen handelt, waren moralische Haltungen in gleicher Weise gefordert. Zu oft und zu voreilig ist das „Ende der Nachkriegszeit“ vergebens verkündet, der „Schlussstrich“ gefordert worden, als dass man heute sicher sein könnte, dieses Kapitel sei ein für allemal bearbeitet und abgeschlossen.

Diese Schwierigkeiten der Ausgangslage dokumentieren Zeitzeugen, die „von außen“ wieder nach Deutschland kamen, sei es als Besucher wie Hannah Arendt, sei es, weil sie sich am Neuaufbau beteiligten wie Erich Lewinski.

Hannah Arendt sprach im Jahre 1950 bei einem Besuch in Deutschland davon, dass der Totalitarismus „mehr ist als bloß die schlimmste Form von Tyrannei. Der Totalitarismus vergiftet die Gesellschaft bis ins Mark“⁵ Eine Passage aus ihren Reisebeobachtungen möchte ich wiedergeben, weil sie den Verlust an Wirklichkeit deutlich zum Ausdruck bringt::

„[...] nirgends wird dieser Alptraum von Zerstörung und Schrecken weniger verspürt und nirgendwo wird weniger darüber gesprochen als in Deutschland. Überall fällt einem auf, dass es keine Reaktion auf das Geschehene gibt, aber es ist schwer zu sagen, ob es sich dabei um eine irgendwie absichtliche Weigerung zu trauern oder um den Ausdruck einer echten Gefühlsunfähigkeit handelt. Inmitten der Ruinen schreiben die Deutschen einander Ansichtskarten von den Kirchen und Marktplätzen, den öffentlichen Gebäuden und Brücken, die es gar nicht mehr gibt. Und die Gleichgültigkeit, mit der sie sich durch die Trümmer bewegen, findet ihre genaue Entsprechung darin, dass niemand um die Toten trauert; sie spiegelt sich in der Apathie wider, mit der sie auf das Schicksal der Flüchtlinge in ihrer Mitte reagieren oder vielmehr nicht reagieren. Dieser allgemeine Gefühlsangel, auf jeden Fall aber die offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird, ist jedoch nur das auffälligste äußerliche Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und sich damit abzufinden.

Diese Gleichgültigkeit und die Irritation, die sich einstellt, wenn man dieses Verhalten kritisiert, kann an Personen mit unterschiedlicher Bildung überprüft werden. Das einfachste Experiment besteht darin, *expressis verbis* festzustellen, was der Gesprächspartner schon vor Beginn der Unterhaltung an bemerkt hat, nämlich dass man Jude sei. Hierauf folgt in der Regel

eine kurze Verlegenheitspause; und danach kommt – keine persönliche Frage, wie etwa: „Wohin gingen Sie, als Sie Deutschland verließen?“, kein Anzeichen für Mitleid, etwa dergestalt: „Was geschah mit Ihrer Familie?“ – sondern es folgt eine Flut von Geschichten, wie die Deutschen gelitten hätten (was sicher stimmt, aber nicht hierher gehört); und wenn die Versuchsperson dieses kleinen Experiments zufällig gebildet und intelligent ist, dann geht sie dazu über, die Leiden der Deutschen gegen die Leiden der anderen aufzurechnen, womit sie stillschweigend zu verstehen gibt, dass die Leidensbilanz ausgeglichen sei und dass man nun zu einem ergiebigen Thema überwechseln könne. Ein ähnliches Ausweichmanöver kennzeichnet die Standardreaktion auf die Ruinen. Wenn es überhaupt zu einer offenen Reaktion kommt, dann besteht sie aus einem Seufzer, auf welchen die halb rhetorische, halb wehmütige Frage folgt: „Warum muss die Menschheit immer nur Krieg führen?“ Der Durchschnittsdeutsche sucht die Ursachen des letzten Krieges nicht in den Taten des Naziregimes, sondern in den Ereignissen, die zur Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies geführt haben.

Eine solche Flucht vor der Wirklichkeit ist natürlich auch eine Flucht vor der Verantwortung. Hierbei stehen die Deutschen nicht allein da; alle Völker Westeuropas haben die Angewohnheit entwickelt, für ihr Missgeschick Kräfte verantwortlich zu machen, die außerhalb ihres Einflussbereichs liegen: damit mag heute Amerika und der Atlantikpakt gemeint sein, morgen die Hinterlassenschaft der Nazi-Besatzung und täglich die Geschichte allgemein. Doch in Deutschland ist diese Haltung ausgeprägter, denn dort kann man der Versuchung kaum widerstehen, den Besatzungsmächten für alles Erdenkliche die Schuld zuzuschieben: [...]

Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handle es sich um bloße Meinungen. Beispielsweise kommt als Antwort auf die Frage, wer den Krieg begonnen habe – ein keineswegs heiß umstrittenes Thema – eine überraschende Vielfalt von Meinungen zutage. In Süddeutschland erzählte mir eine Frau von ansonsten durchschnittlicher Intelligenz, die Russen hätten mit einem Angriff auf Danzig den Krieg begonnen – das ist nur das größte von vielen Beispielen. Doch die Verwandlung von Tatsachen in Meinungen ist nicht allein auf die Kriegsfrage beschränkt; auf allen Gebieten gibt es unter dem Vorwand, dass jeder das Recht auf eine eigene Meinung habe, eine Art Gentlemen's Agreement, dem zufolge jeder das Recht auf Unwissenheit besitzt – und dahinter verbirgt sich die stillschweigende Annahme, dass es auf Meinungen nun wirklich nicht ankommt. Dies ist in der Tat ein ernstes Problem, nicht allein, weil Auseinandersetzungen dadurch oftmals so hoffnungslos werden (man schleppt ja normalerweise nicht immer Nachschlagewerke mit sich herum), sondern vor allem, weil der Durchschnittsdeutsche ganz ernsthaft glaubt, dieser allgemeine Wettstreit, dieser nihilistische Relativismus gegenüber Tatsachen sei das Wesen der Demokratie. Tatsächlich handelt es sich dabei natürlich um eine Hinterlassenschaft des Naziregimes.“⁶

Und Erich Lewinski, der aus dem Exil heimkehrende Sozialist und erste Landgerichtspräsident in Kassel nach dem Krieg, der engagiert am Aufbau rechtstaatlichen Denkens und Handelns in seinem Amtsbereich tätig war, hielt in seinem Tagebuch im Jahre 1948 folgende Eindrücke und Urteile fest::

„Wir sind erst drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazismus, wir sind nach Deutschland zurückgekehrt in der Hoffnung, daran mithelfen zu können, dass sich die Dinge nicht wiederholen können, die so unaussprechliches Elend über die Welt gebracht haben und die heute noch den weitaus größten Teil der Menschheit mit Abscheu erfüllen, wenn man von Deutschen spricht. Mitunter glauben wir, dass wir im kleinen Rahmen ein bisschen Saat aussäen können, dass hier und da ein kleines Pflänzchen keimt. Ich weiß genau, wie wenig das ist, und trotz meines Optimismus, der echt ist, wengleich nicht immer so blühend, wie ich ihn nach außen zeige, um anderen Menschen Mut zu machen, trotz dieses Optimismus überschätze ich

da nichts. Ich kenne die Menschen gut genug, ihre Schwächen und Fragwürdigkeiten, ihren Mangel an Mut und Güte und Fairness, um nicht bedingungslos an die Menschen zu glauben. Ich glaube an einige Menschen und ich glaube an die Möglichkeiten in den Menschen zum Guten. Deshalb gebe ich mich gern aus, verbrauche und verpulvere ich mich ohne Bedenken. Aber dann kommen doch gelegentlich solche Zeiten, wie ich sie dieser Tage erlebe, wo alles, was man tut, so völlig sinnlos und fast völlig hoffnungslos erscheint. In dem Prozess, von dem ich oben sprach, ist, wie ich schon sagte, die Atmosphäre herunterziehend und deprimierend, diese Atmosphäre des Sich-Wieder-Aufreckens der alten Nazis, der weit über das Maß des Verteidigens hinausgehende Sich-Identifizierens der Verteidigung mit den – ich will nicht sagen Ideen der Nazi-Angeklagten, aber deren Versuch, alles was damals geschah als verhältnismäßig harmlos hinzustellen, ja belanglos. Gewiss werden mitunter die großen Worte laut, wie sehr man die furchtbaren Gräueltaten von damals verurteile, wie schrecklich das alles gewesen sei, was – anderswo geschah. Nur wenige haben den Mut und die Verantwortung, ihren Mandanten eindeutig zu sagen, was für eine Schande die Feigheit sei, mit der sie um ihre Taten herumgingen, sie abstritten. Und noch weniger Anwälte haben die Courage, dann auf so ein Mandat zu verzichten. Und was da so sehr bedrückend ist: wenn man einen von ihnen das mal ganz klar besprechen würde, so würde man ungefähr dasselbe hören, womit so viele Menschen in Deutschland ihre Zugehörigkeit zu der NSDAP entschuldigen: die Familie, die Rücksicht auf das tägliche Brot. Die das gestehen würden, wären dann noch die besseren. Die meisten würden es erklären mit der Verpflichtung des Verteidigers, einzutreten für den Angeklagten. Darüber lässt sich reden, wenn es echt ist – ich meine auch, dass jeder Angeklagte, der schlimmste Verbrecher seinen Verteidiger haben sollte. Es gibt einige Anwälte, die – um im Milieu der politischen Prozesse zu bleiben – weder die damalige Situation beschönigen noch die Tat ihres Mandanten, und die dennoch zu verteidigen wissen. Aber dieser Glückszufall von Anständigkeit und Intelligenz ist selten. Erschreckend ist es, wenn z.B. heute noch von einem Anwalt, der sich sogar von den Nazis ferngehalten hat und nie ihrer Partei beitrug, allen Ernstes bestritten wird, dass im März 1933 die SA- und SS-Führer mehr zu sagen hatten und eine größere Macht hatten, als z.B. ein kleiner Landgendarm, der mehr oder weniger pro forma der Leiter der aus SA-Leuten gebildeten sogenannten Hilfspolizei war. Und die dann die Unparteilichkeit von mir anzuzweifeln wagen, mit der Begründung, dass dies ein Präjudiz zum Nachteil ihres Mandanten sei. D.h. dass diese Leute heute noch nicht begriffen haben (oder sie haben es schon wieder vergessen), was historische Tatsache ist und was eine der Grundlagen für das Nazi-Terrorssystem gebildet hat.“⁷

Jahrzehnte öffentlichen Problemumgehens (1946-1963)

Während der ersten zwanzig Jahre nach dem Krieg war die Nazizeit in Hessen in der öffentlichen Diskussion kein Thema. Zwar wurde, besonders 1946 und 1947, in der lokalen Presse ausgiebig und informativ über die Entnazifizierungsverfahren berichtet, wobei die Namen der Vorgeladenen und Beschuldigten im vollen Wortlaut genannt wurden, aber diese Gerichtsreportagen vergleichbaren Zeitungsartikel enthielten in der Regel keine selbstkritische Infragestellung der Bereitschaft so vieler Menschen, dem „Führer“ gefolgt zu sein. Der Begriff des „Schweigens“ und „Verschweigens“, obgleich er in zahlreichen Familien zutraf, erscheint mir deshalb unzutreffend, weil vielfach intern wie in bestimmten Zusammenhängen darüber gesprochen wurde. Der Begriff der öffentlichen „Problemumgehung“ scheint mir daher treffender die Vorgänge zu bezeichnen, weil eine wirklich ins Grundsätzliche gehende allgemei-

ne öffentliche Diskussion mit kathartischer Wirkung nicht stattfand. Wir werden an späterer Stelle auf die verhüllenden Sprachformen eingehen, mit denen in der öffentlichen Rede über den Nationalsozialismus gesprochen wurde. Öffentliche Problemangehung meint nicht, dass der Staat nicht ernsthaft und wirksam in Fragen der Bestrafung der NS-Täter und in Wiedergutmachungs- und Entschädigungsfragen gehandelt hätte. Dies haben die Hessische Landesregierung und der Landtag, besonders in den ersten Jahren nach dem Krieg, getan.

Freilich gab es, ganz im Sinne der Problemumgehung, auch vielfältige konkret fassbare Behinderungen und Verhinderungen einer historisch-kritischen Aufklärung der NS-Vergangenheit, die näher zu untersuchen und zu dokumentieren ergiebig sein dürfte. Ein besonders klares Beispiel für die Behinderung der zeitgeschichtlichen Forschung seitens der Hessischen Staatskanzlei und des Hauptstaatsarchivs war in den 60er Jahren die (erst 20 Jahre später korrigierte) Weigerung, im Rahmen historisch-wissenschaftlicher Forschung Einsicht in die Spruchkammerakten zu gewähren.⁸ Das Land Hessen zeichnete sich in einem anderen Fall, der Einrichtung des Instituts für Zeitgeschichte, durch ein abwartendes, bürokratisches und zögerndes Verhalten aus, das den Hessischen Beauftragten mit dieser Gründung, Staatssekretär Dr. Hermann L. Brill, schier zur Verzweiflung brachte und ihn schließlich veranlasste, sein Mandat als „Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus“ - so ursprünglich der Name des bereits im Jahre 1947 von den Ländern der amerikanisch besetzten Zone Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und Bremen geplanten Instituts - niederzulegen.⁹

Zunächst stellt sich die Frage nach dem *Beginn* der Auseinandersetzung mit der Nazizeit. Zwar hat es eine *Befassung* mit Themen der NS-Zeit im rechtlichen und politischen Horizont durchgehend seit 1945 gegeben, vor allem um Fragen der Entschädigung und Wiedergutmachung nationalsozialistischer Unrechts. Details sind in diesem Horizont durchgehend in den politischen Gremien erörtert und entschieden worden. Voraussetzung zahlreicher Ermittlungsverfahren war das von der Regierung Geiler erlassene „Gesetz zur Ahndung nationalsozialistischer Straftaten“ vom 29. Mai 1946.¹⁰ So hatten bereits im Jahre 1946 „die Ermittlungen wegen NS-Gewalttaten begonnen, wie sie vor allem gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Hessen begangen worden waren. Bis 1950 konnten weit über 200 Verfahren allein wegen Verbrechen im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom 1938 durchgeführt und zahlreiche Täter verurteilt werden.“¹¹

Unter einer *Auseinandersetzung im anspruchsvollen Sinne* ist jedoch etwas anderes als das pragmatische Lösen von Tagesaufgaben oder Einzelfallentscheidungen der Gerichte zu verstehen. Eine kritische öffentliche Thematisierung, die an die Grundfrage herangeführt hätte,

wie es möglich war, aus einer kulturell und zivilisatorisch scheinbar gefestigten Gesellschaft heraus unvorstellbare Barbarei entstehen zu lassen, ließ sich in jenen Jahren nicht ermitteln. Eine Thematisierung in diesem Sinne, so wissen wir aus späterer Zeit, bedeutet öffentliche, selbstkritische und freimütige Diskussion, die Einbeziehung von Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, das informelle Gespräch am Arbeitsplatz und in der Straßenbahn, in der Nachbarschaft, im Verein und – natürlich – in der Familie.

Doch zurück zu den ersten Jahren, den Jahren der „Problemumgehung“ bis Mitte der 60er Jahre. In diesem Zeitraum habe ich drei Beispiele ausgewählt, einmal die Diskussionen im ersten Hessischen Landtag im Jahre 1947, dann der Streit um die Entnazifizierung und Theodor Adornos Mahn- und Weckruf aus dem Jahre 1959.

Der erste Hessische Landtag im Jahre 1947 und die NS-Zeit

Wenn man die Landtagsprotokolle des ersten Jahres (1947) unter der Fragestellung „Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ durchsieht, entdeckt man Erstaunliches. Erstens: das Thema kommt kaum vor, gar nicht in den Tagesordnungen, gelegentlich anlässlich programmatischer Erklärungen und überhaupt nicht als zu bewältigendes großes Problem. Von Interesse ist jedoch Inhalt und Sprache dieser verstreuten Äußerungen.

Die Verbrechen der Nationalsozialisten werden nicht nur nicht deutlich angesprochen, sondern meist in metaphorischen Wendungen und Bildern umschrieben. Der Abgeordnete Husch (CDU), der als Alterspräsident die erste Sitzung des Landtags eröffnete, sprach von jenen Kräften und Geistern, „die uns alle in dieses Dunkel geführt haben.“¹² Ministerpräsident Christian Stock sprach von „den Klauen des Nationalsozialismus“, die Deutschland festgehalten haben, oder von dem „Meer von Tränen“ und „all den Opfern an Gut und Blut, die unser Volk auf sich hat nehmen müssen“.¹³ Heinrich von Brentano (CDU) sprach von einem „langen und leidvollen Irrweg, den das deutsche Volk unter der Herrschaft der Verantwortungslosigkeit und des Verbrechens hatte zurücklegen müssen. Untilgbare Spuren dieses Irrweges sind Ströme von Blut, tausendfältiges Leid, Zerstörung und Verwüstung [...]“¹⁴ Der Abgeordnete Karl Willmann (KPD) sprach von den „Gräuel in den Konzentrationslagern“, wie überhaupt in Statements der KPD-Abgeordneten im Zusammenhang mit den verfolgten und inhaftierten Menschen das Wort „Konzentrationslager“ häufig auftauchte.¹⁵ Keiner der Abgeordneten jedoch thematisierte die Deportationen und Vernichtung der Juden, die Konzentrations- und Vernichtungslager, die deutsche Kriegsführung im Osten (wie z.B. den Kommissarbefehl) auf dem Balkan oder die deutsche Besatzungspolitik. Nur durch einen Zufall und nur beiläufig fiel plötzlich einmal am 14. Januar 1948 das Wort „Konzentrationslager“. Die KPD

hatte anklagend auf die Vernichtung wertvoller Uhren in den Buderuswerken in Wetzlar hingewiesen, wo doch unter der Bevölkerung großer Mangel an diesen bestand. Es stellte sich heraus, dass es sich um bei der Reichsbank deponierte Uhren ermordeter KZ-Gefangener handelte, die auf Befehl der amerikanischen Militärregierung vernichtet wurden.¹⁶ Die Pogrome im November 1938 und die Vernichtung der europäischen Juden wurden in keiner der Reden erwähnt. Man kann die Verbrechen der Nationalsozialisten nur erahnen, wenn zum Beispiel Ministerpräsident Stock von der NSDAP als einer Partei, „die solche Teufeleien begangen hat“ oder von „Schäden, die den politisch, rassistisch oder religiös verfolgten Mitbürgern zugefügt wurden“ sprach.¹⁷ Im Vordergrund stand die Frage, wie es mit Deutschland künftig weitergehen sollte. Die Vergangenheit schien bereits gerade einmal zwei Jahre nach dem Ende der Diktatur in den Hintergrund gerückt. Deutschland wollte von der Welt als demokratischer Staat anerkannt werden, der frei von jedem Nationalismus und Nationalsozialismus war. Stock: „Wir hoffen insbesondere darauf, dass der Geist des Siegers über den Besiegten der Vergangenheit angehören möge und dass auch der Geist des Befreiers recht bald dem Geiste der Freundschaft, der wahren und echten Freundschaft Platz machen möge“.¹⁸

So verständlich es ist, dass die meisten Menschen nach dem Ende des Krieges und der Diktatur nicht mehr an das Hitlerregime und die damit verbundenen Grausamkeiten erinnert werden, sondern in die Zukunft blicken und das zerstörte Deutschland wieder aufbauen wollten, so erstaunlich, ja befremdend erscheint die plötzlich und vollständig eintretende Abtrennung von der eigenen Vergangenheit, den letzten Jahren, einem Filmriss vergleichbar.

Die Diskussion um die Entnazifizierung

Die erste öffentliche Thematisierung der NS-Zeit waren die Debatten um die Entnazifizierung, die sich über die Jahre 1946 bis 1948 in lebhafter Weise erstreckten und mehrfach den Hessischen Landtag beschäftigten.¹⁹ Ebenso wie der Begriff der „Säuberung“, war auch derjenige der „Entnazifizierung“ bzw. „Denazifizierung“ unangemessen, allein schon wegen der Assoziationen „Entlassung“, „Entsorgung“, „Entgiftung“, so als handele es sich bei der NS-Gesinnung um etwas, das durch einen Kunstgriff oder eine kurzfristige Maßnahme zu entfernen sei. Andererseits war die sehr weitgehende und flächendeckende Entlassung der ns-belasteten Staatsangestellten in Verwaltung, Schulen, Universitäten und Politik ein unausweichlicher und vorwärts weisender Schritt, wenn der Rechtsstaat und die Demokratie überhaupt eine Chance erhalten sollte. Die zunächst als katastrophal empfundenen Massenentlassungen im Öffentlichen Dienst 1945/1946 wurde von Regierung und Parlament bewusst „als Chance für einen tiefgreifenden Neuanfang im öffentlichen Dienst genutzt. Von Bedeutung

war nicht nur, dass Zehntausende von Mitarbeitern neu eingestellt wurden. Für eine grundlegende Veränderung sorgte außerdem die Tatsache, dass die leitenden Positionen in Behörden und in vielen gesellschaftlichen Bereichen bevorzugt mit politisch Verfolgten, überzeugten Demokraten oder zumindest unbelasteten Persönlichkeiten besetzt wurden. Die ‚1945er‘ stellten somit den Kern der künftigen Verwaltung dar, in den später auch Mitläufer und Entlastete integriert werden konnten. Damit gelang es jetzt anders als in der Weimarer Republik, den Grundstein für ein loyales Beamtentum zu legen.“²⁰

Die Tageszeitungen in Hessen, die in den ersten Jahren ab 1946 fast täglich über die Entnazifizierungsverfahren berichteten, waren zunächst durchaus von Sympathie mit den Opfern und Verfolgten des NS-Regimes getragen; ihr entsprach auch Verständnis für die Urteile gegen der Straftäter. Doch bald wandelte sich die Stimmung. Anlass zur Kritik boten die Verfahren in mancherlei Richtung. So begründet die Kritik im einzelnen auch war (zu Recht kritisierte man u.a. die fehlenden Unterscheidungen zwischen nomineller Mitgliedschaft und wirklicher Nazi-Haltung, das „flächendeckende“ Verfahren, die Praxis der fragwürdigen Leumundszeugnisse, die sogenannten „Persilscheine“, die Gesinnungsschnüffelei und die nicht justizförmigen Verfahren durch Spruchkammern), so unübersehbar war doch, dass diese Kritik zunehmend nicht immer nur von dem Motiv einer kritischen oder selbstkritischen Bearbeitung des Nationalsozialismus gespeist wurde, sondern von einer Abwehrhaltung gegenüber den Alliierten, hier in Hessen gegenüber der amerikanischen Militärregierung.

Die verschiedenen Einstellungen zur Entnazifizierung werden auch in den Protokollen des Hessischen Landtages erkennbar. Dr. Heinrich von Brentano (CDU) erkannte die Wichtigkeit der Verfahren an, wollte sie aber schnell zu Ende bringen: „Wenn wir auch die Feststellung wiederholen, dass die Befreiung des deutschen Volkes von dem Geiste des Nationalsozialismus und Militarismus die unabdingbare Voraussetzung für das Werden einer neuen Demokratie sein muss, dann vermögen wir uns doch nicht zu verhehlen, dass die Durchführung des Gesetzes vom 5. März 1946 zu einer politischen Krise von nicht zu unterschätzender Bedeutung geführt hat“.²¹ In der Rede Dr. Konrad Gumbels (SPD) vom 20.3.1947 wurde bereits eine Verdrängungshaltung deutlich, die noch Jahrzehnte später stets von neuem vorgetragen wurde: Schuld am Aufstieg Hitler habe auch das Ausland, das Hitlers Buch „Mein Kampf“ nicht zur Kenntnis genommen habe.: „Aber ich frage weiter: Wie war es denn im Auslande? Haben denn die ausländischen Politiker und Staatsmänner auch die nötige Sorgfalt beobachtet und haben sie versucht, den Mann kennen zu lernen, der über ein Volk von 70 Millionen als Diktator herrschte? Auch dort hätte die Verpflichtung bestanden, den Mann kennen zu lernen, der sich zum Diktator über ein so großes Volk aufgeschwungen hatte (Sehr richtig! Bei der

SPD). [...] Und wie leicht wäre es für die Staatsmänner gewesen. Sie hätten in dem Buche ‚Mein Kampf‘ finden können, wie Hitler über Menschen und Völker dachte [...]. Im Jahre 1933 trat er [i.e. A. Hitler] aus dem Völkerbund aus. Und das Ausland? Was tat es? Statt ihm Einhalt zu gebieten, um ein ungeheures Unglück von der Welt abzuwenden, tat es nichts. Es bewunderte Hitler, es schloss Verträge mit ihm (Sehr gut! Bei der SPD). Die Staatsmänner der anderen Länder kamen nach Deutschland, sie ließen ihre Söhne zur Olympiade nach Berlin fahren [...] Und wenn im Ausland uns gegenüber erklärt wird, wir hätten nicht genügend aktiven Widerstand geleistet und hätten nicht den Versuch gemacht, diesen Mann zu beseitigen, so frage ich: Warum haben nicht die Franzosen, als Hitler ihr Land besetzt hatte, ihre 5½ Millionen Beamten und Angestellten zum Streik aufgerufen, wie es heute der Fall ist. Damals streikte niemand in Frankreich (Sehr gut! Bei der SPD)“.²² Die Abgeordneten kritisierten nicht nur das Ausland, sondern versuchten die Schuld gegenseitig dem anderen Lager zuzuschieben. Der Abgeordnete Georg Stieler (CDU) zum Beispiel gab den Parteien der Linken die Schuld: „Nein, lieber Herr Kollege Bauer, so hat es angefangen! So hat es nämlich 1919 nicht nur auf der äußersten Rechten, sondern auf der äußersten Linken angefangen! [...] Sie haben in der Vergangenheit die Demokratie diffamiert und bekämpft, noch und noch, und haben dadurch dem Nationalsozialismus wesentliche Vorarbeit geleistet“.²³

In großem Kontrast zu dieser lebhaften und anhaltenden öffentlichen Diskussion stand die Zahl der tatsächlich in den Entnazifizierungsverfahren verurteilten Menschen in Hessen. Sie war bedeutend geringer als dargestellt. Hier einige Zahlen:

Am 30.4.1954 waren von allen in die Verfahren in Hessen einbezogenen Menschen (951 692) durch die Spruchkammern in die Klasse I der Hauptschuldigen 0,26% (436) verurteilt worden; ähnlich relativ gering war die Zahl die in der Klasse II der Schuldigen Verurteilten: 3,3% (5682). Die ganz großen Gruppen wurden als „minderbelastet“ (16,2%) oder als „Mitläufer“ (77,2%) verurteilt, während 3,0% als „unbelastet“ eingestuft wurden. Die Verfahren gegen 81,5% (777.372) waren wegen Amnestie u.ä. eingestellt worden.²⁴

Hannah Arendt hat in diesem Zusammenhang – angesichts der großen Gruppe der Minderbelasteten und Mitläufer (zusammen 93,4% der Verurteilten in Hessen) - von einer „Interessengemeinschaft zwischen den mehr oder minder Kompromittierten“, „die aus opportunistischen Gründen mehr oder weniger überzeugte Nazis geworden waren“, gesprochen. Diese Gruppierung habe sowohl jene ausgegrenzt, die ihre Integrität bewahrten, als auch jene, die erfolgreich in der Nazibewegung aktiv waren.²⁵

Die Anstöße zu einer grundlegenden Besinnung über das in der Nazizeit Geschehene und zu einer kritisch reflektierenden Bearbeitung und öffentlichen Thematisierung gingen von einzelnen Intellektuellen aus. Unter diesen couragierten Stimmen des Einspruchs erreichten der Frankfurter Soziologe und Philosoph Theodor W. Adorno, der Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth, der in Darmstadt lehrende Politologe Eugen Kogon und die Frankfurter Psychoanalytiker Alexander und Margarete Mitscherlich einen großen Hörer- und Wirkungskreis. Allgemein lässt sich sagen: Es waren zunächst immer einzelne, nicht nur Wissenschaftler,²⁶ die bei der Thematisierung und Bearbeitung des Nationalsozialismus – nicht selten gegenüber einem ‚common sense‘ des ‚Schon wieder dieses Thema?‘ - in Hessen Wirkungen erzielt haben. Im Bereich der Bildungspolitik haben z.B. die hessischen Kultusminister Erwin Stein (1947-1951), Ernst Schütte (1959-1969), Ludwig von Friedeburg (1969-1974) und Hans Krollmann (1974-1982) als verantwortliche Entscheidungsträger in Bildungsfragen einen profunden Umgang mit dem Problem des Umgangs mit dem Nationalsozialismus bewiesen. Im Bereich der Justiz hat sich Fritz Bauer größte Verdienste erworben. Auch Schriftsteller wie z. B. Rolf Hochhuth („Der Stellvertreter“) und Maria Mathi („Wenn nur der Sperber nicht kommt“) haben bereits früh die Verbrechen der Nazis zum Thema gemacht. Auch der Hessische Rundfunk spielte in den fünfziger und sechziger Jahren eine informative und produktive Rolle.

Adorno war einer der ersten, der die Schuldfrage beim Namen genannt und auf die Probleme des Beschweigens der Vergangenheit mit allem Nachdruck hingewiesen hat. In seinem Vortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?“ im Jahre 1959 verdetlichte er die These vom durch das Ende des „Dritten Reiches“ schwer getroffenen und gleichwohl nicht bearbeiteten „kollektiven Narzissmus“:

„Nach der subjektiven Seite,, in der Psyche der Menschen, steigerte der Nationalsozialismus den kollektiven Narzissmus, schlicht gesagt: die nationale Eitelkeit ins Ungemessene. Die narzisstischen Regungen des Einzelnen, denen die verhärtete Welt immer weniger Befriedigung verspricht und die doch ungemindert fortbestehen, solange die Zivilisation ihnen sonst so viel versagt, finden Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem Ganzen. Dieser kollektive Narzissmus ist durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden. Seine Schädigung ereignete sich im Bereich der bloßen Tatsächlichkeit, ohne dass die einzelnen sie sich bewusst gemacht hätten und dadurch mit ihr fertig geworden wären. Das ist der sozialpsychologisch zutreffende Sinn der Rede von der unbewältigten Vergangenheit. Auch jene Panik blieb aus, die nach Freuds Theorie aus ‚Massenpsychologie und Ichanalyse‘ dort sich einstellt, wo kollektive Identifikationen zerbrechen. Schlägt man nicht

die Weisung des großen Psychologen in den Wind, so lässt das nur eine Folgerung offen: dass insgeheim, unbewusst, schwelend und darum besonders mächtig, jene Identifikationen und der kollektive Narzissmus gar nicht zerstört wurden, sondern fortbestehen.“²⁷

Jahre einer ersten öffentliche Thematisierung (1963-1979)

Ein großer Einschnitt: Der Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963-1965

Ohne Zweifel hat der durch Fritz Bauer ermöglichte Frankfurter Auschwitzprozess auch in Hessen die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit entscheidend befördert. Erstmals war fast zwei Jahre lang das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz Thema in Presse und Rundfunk. Fast alle überregionalen Zeitungen berichteten in ausführlichen Reportagen kontinuierlich über die Berichte der Zeugen und die Vernehmungen der Angeklagten. Der Prozess erfuhr eine große internationale Öffentlichkeit.

Ich bin nicht sicher, ob der Auschwitz-Prozess das kollektive Bewusstsein in Deutschland kritisch erreichte. Aber sicher ist Norbert Frei zuzustimmen, der in ihm „die erste Frucht einer Veränderung des vergangenheitspolitischen Klimas“ sieht.. Wolfgang Benz urteilt ähnlich: „Der Auschwitz-Prozess wurde zur Herausforderung an die Deutschen, den schrecklichsten Teil ihrer Geschichte wahrzunehmen. Ein Lehrstück in Zeitgeschichte, zugleich eine Parabel bürgerlicher Moral“. Und Peter Steinbach sprach davon, dass der Prozess die deutsche Gesellschaft bereits verändert habe. „Er schuf vielleicht sogar die Voraussetzungen dafür, dass die NS-Gewaltverbrechen als Menschheitsverbrechen wahrgenommen, nicht aber politisch ausgenutzt werden konnten“.²⁸

Nicht unerwähnt bleiben darf die bereits vergleichsweise früh von Wolf-Arno Kropat in Verbindung mit dem Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden eingerichtete „Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen“, deren erste Veröffentlichungen bereits den Umgang mit der NS-Zeit zum Thema hatten.²⁹ Noch immer jedoch blieb das Thema im wesentlichen auf die „Fachleute“, auf Juristen, Historiker, Politologen, Soziologen, Pädagogen und Psychologen beschränkt

Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition (1966 – 1969 – 1970 ff.)

Erst Ende der 60er Jahre erreichte das Thema Schüler und Studierende, und zwar in einer bestimmten Ausprägung: als ein zur aktuellen Nutzanwendung geeignetes politisches „Lehrstück“ des „Faschismus“. Angesichts der im Deutschen Bundestag verabschiedeten Notstandsgesetze (1965-1968) und des Einzugs der NPD in den Hessischen Landtag (1966-1970)

sahen sich einige an das Ende Weimarer Republik erinnert. Die kritische Bearbeitung der je eigenen Fach- und Universitätsgeschichte und einzelner Professoren setzte in jenen Jahren ein. So wertvolle Anstöße in kritischer Perspektive von jenen Jahren an einzelnen Universität ausgingen (und manche späte Frucht trugen), so war diese Faschismus-Diskussion doch von einer dominanten Politisierung überlagert, der eine selbstkritische und selbstreflexive Dimension nicht eigen war. Diese Politisierung war nicht selten mit einem engen Begriff von Ökonomie und sozialer Klassenherrschaft verbunden, so dass vermeintlich die Änderung der materiellen gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse künftig von selbst zur Lösung aller Faschismusgefährdungen führen müsse. Die Lebenswirklichkeiten der einzelnen Personen (Verfolgte in gleicher Weise wie Verfolger) blieb in dieser Wahrnehmung fast ganz ausgeblendet. Erst viele Jahre später entdeckte man sie neu als Hinwendung zur Lebensgeschichte der „Opfer“ und (später) auch zu der der „Täter“.

Die NS-Zeit wird öffentliches Thema (seit etwa 1980)

Die Fernsehserie Holocaust in Deutschland (1978): Die Wendung zum einzelnen Menschen

Eine wirklich breite und grundsätzliche Diskussion allerdings, so vermute ich, setzte in der Bundesrepublik Deutschland erst auf der Grundlage der aus den USA kommenden Fernsehserie Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiß im Jahre 1978 ein. Hier ging es nicht mehr um abstrakte Faschismustheorien, sondern hier kamen einzelne Menschen und ihre Geschichte vor. Diese biographische Orientierung, die Wende auf die Subjekte der Geschichte, hat ungeahnte Wirkungen auf die Bearbeitung der Nazizeit zur Folge gehabt – auch in Hessen. Vor allem hat sie zahlreiche Städte und Gemeinden angeregt, die eigene Geschichte in der NS-Zeit in den Blick zu nehmen und zeitgeschichtlich zu bearbeiten. Neu-Isenburg, Hanau und Kassel gehörten zu den ersten Städten in Hessen, die systematisch die NS-Zeit erforschen ließen.³⁰ Zahlreiche Geschichtswerkstätten und Erinnerungsinitiativen entstanden und entstehen bis heute. Die Themen erweiterten und differenzierten sich im Laufe der Jahre; aber nun war eine breite Geschichtsbewegung entstanden, die die Universitäten und Schulen neu erreicht hatte.³¹

Aktivitäten und Initiativen von „unten“ entstehen (seit 1979)

Nun entfaltete sich in den 80er Jahren, auch außerhalb der Universitäten, jene bis heute anhaltende zeitgeschichtliche Bewegung, die sich nicht nur nach und nach allen verfolgten Menschen, also auch den Sinti und Roma, den Homosexuellen, den Zwangsarbeitern und den „Eu-

thanasie-Geschädigten“ kritisch und zugleich empathisch zuwandte, sondern die auch feste Erinnerungsorte einzurichtete, so dass die Landesregierung in Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion Die Grünen im Hessischen Landtag vom 8. Februar 1983, betreffend „Vergangenheitsbewältigung“ im Hinblick auf Konzentrationslager und andere Lager des NS-Regimes in Hessen am 26. November 1984 durch Ministerin Vera Rüdiger bereits zahlreiche Gedenkorte und Gedenkstätten aufzählen konnte, unter anderen die Gedenkstätten Breitenau in Guxhagen bei Kassel, die Gedenkstätte Hadamar, die Gedenkstätten Stadtallendorf, Hessisch Lichtenau und andere.³² Ausstellungen und Publikationen schlossen sich in zahlreichen Orten an. Die Landesregierung unter Ministerpräsident Hans Eichel nahm die Gedenkstätten Breitenau und Hadamar in die institutionelle Förderung des Landes auf. Zahlreiche Kommunen luden ehemalige jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen zu einem Besuch in ihrer alten Heimatstadt ein. Auch ehemalige Zwangsarbeiter aus zahlreichen östlich und westlich gelegenen Ländern wurden von Magistraten und Privaten eingeladen. Es war daher folgerichtig, dass die Hessische Landeszentrale für politische Bildung auf Beschluss des Hessischen Landtages ein eigenes „Referat III Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“ im Jahre 1993 einrichtete, das sich seit dem Jahre 1999 „Referat für die Opfer des Nationalsozialismus/ Zeitgeschichte“ nennt. Dieses Referat koordiniert kontinuierlich die Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in Hessen

An der Universität Kassel gründete ihr Präsident Franz Neumann im Jahre 1984 eine interdisziplinäre Forschungsgruppe „Nationalsozialismus in Hessen“; 1987 richtete die Universität die Franz Rosenzweig-Gastprofessur ein, die seitdem in jedem Sommersemester einen auswärtigen Wissenschaftler beruft, der vom Antisemitismus aus Europa vertrieben wurde, daher in der Fremde seine wissenschaftliche Laufbahn aufbauen musste und der zu den Problemen des jüdischen Erbes in der europäischen Geistesgeschichte bzw. an den Folgen des Holocaust forscht.

Auf Initiative des damaligen Oberbürgermeisters Volker Hauff (SPD) kam es 1995 in Frankfurt zur Gründung des Fritz-Bauer-Instituts – Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Das Institut wurde als eine Stiftung des Landes Hessen, der Stadt Frankfurt und des Fördervereins Fitz Bauer Institut e.V. gegründet.

Es ist unmöglich, in diesem Rahmen sämtliche Forschungsprojekte, Initiativen und Einrichtungen aufzuführen, die sich der Bearbeitung des Nationalsozialismus in Hessen widmeten und widmen. Das Hessische Hauptstaatsarchiv führte ein großes Projekt zu „Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Hessen“, die Universität Marburg eines zu „NS-Justiz in Hessen“ durch. Nicht eingehen kann ich hier auf die zahlreichen Initiativen hes-

sischer Schüler und Schülerinnen an verschiedenen Wettbewerben, u.a. um den Preis des Bundespräsidenten oder zuletzt 2004 um des Hessischen Wissenschaftsministers. Nicht zuletzt hat das „Hessische Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung“ (HIBS) über Jahre den Studienschwerpunkt „Hessen im Nationalsozialismus“ gesetzt und in diesem Rahmen sind zahlreiche regionale und lokale Untersuchungen entstanden.

Zusammenfassende Sicht

Die Ausgangssituation in den Jahren nach dem Ende der NS-Herrschaft war durch die öffentliche Umgehung des Problemkerns, wie nämlich mit der Schuld und der eingetretenen Barbarei ins Reine kommen, gekennzeichnet. Nicht zuletzt auf Grund des engagierten Vorgehens einzelner in den 60er Jahren, vor allem Theodor W. Adornos und Fritz Bauers, setzte sich in Hessen seit den 80er Jahren eine öffentliche Thematisierung der NS-Vergangenheit allmählich durch; dies gilt für die Landespolitik in gleicher Weise wie für die kommunalen Ebenen. Es gründeten sich zahlreiche Bürgerinitiativen und wissenschaftlichen Projekte, die sich dem Thema widmeten, und von denen wiederum manche von den politischen Instanzen gefördert und unterstützt wurden. Landesregierung, Landtag und Kommunen (besonders auch deren Zusammenschluss im Landeswohlfahrtsverband Hessen) unterstützten und förderten diesen gesellschaftlichen Prozess einer zunehmenden Thematisierung. Vor allem jedoch bildeten sich in zahlreichen Städten und Gemeinden Erinnerungsinitiativen und Gedenkorte, die entscheidend zur Thematisierung des Umgangs mit der NS-Zeit beitrugen

Dieser Prozess bedurfte freilich immerwährend neuer Anstöße und Herausforderungen einzelner Initiatoren oder Initiativen. Während andere zeitgeschichtliche Thematisierungen unmittelbar eingängig erschienen (z.B. die Bombardierungen deutscher Städte durch die Alliierten, die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961, die Vertreibungen Deutscher aus der Tschechoslowakei), blieb es für das NS-Thema charakteristisch, dass es in außergewöhnlicher Weise immer wieder neuer und starker nachhaltiger Anstöße und Anregungen bedurfte.

Die Resonanz auf diese Initiativen war groß. Seit der Gründung besuchten etwa 100.000 Menschen, unter denen sich etwa 45.000 Jugendliche befanden, die Gedenkstätte Breitenau. Im Jahr 2004 kamen über 14.000 Menschen in die Gedenkstätte Hadamar. Und doch ist es keiner der in Hessen neu eingerichteten Gedenkstätten zur NS-Thematik. bis heute ermöglicht worden, den strukturellen Status einer etablierten Bildungseinrichtung (z.B. denjenigen einer staatlichen Schule) zu erreichen, der eine institutionelle Sicherheit für die Zukunft gewährleistet. Die Ungewissheit in der Frage der Zukunft war und ist ein ständiger Begleiter. Jahr um Jahr müssen bis heute die erforderlichen Mittel für die Mitarbeiter und die Veranstaltungen

mit großem Aufwand erbeten und beantragt werden. Diese Gedenkstätten leisten politische Bildungsarbeit, deren Ursprünge in der Geschichte des jeweiligen historischen Ortes liegen, die jedoch zugleich im Gedenken an die Verfolgten und Ermordeten auf die menschenwürdige Verfassung unserer gegenwärtigen und zukünftigen Gesellschaft gerichtet ist.

Ungedruckte Quellen:

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden: 502/ 3015; 502/3976 - 3979, 502/4794.

Literatur:

Adorno, Theodor W.: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit? In: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? Bericht über die Erzieherkonferenz am 6. und 7. November 1959 in Wiesbaden, veranstaltet vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Frankfurt a.M. 1959, S. 12-23.

Arendt, Hannah: Besuch in Deutschland 1950.. Die Nachwirkungen des Naziregimes. In: Hannah Arendt, Zur Zeit. Politische Essays. Berlin 1986, S. 43-70

Arnsberg, Paul: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang-Untergang-Neubeginn. 2 Bände. Frankfurt am Main 1971.

Der Auschwitz-Prozess. Tonbandmitschnitte, Protokolle, Dokumente. Herausgegeben vom Fritz Bauer Institut Frankfurt am Main und dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau. (Digitale Bibliothek). 2005

Bernhardt, Markus, Universitäten und Hochschulen im Wiederaufbau (1945-1957). In: Klaus Böhme und Walter Mühlhausen (Hg.): Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Jahrestag des Landes Hessen. Frankfurt a.M. 1995, S. 216-226

Dertinger, Antje: Die drei Exile des Erich Lewinski.. Stuttgart 1995.

Dubiel, Helmut: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München und Wien 1999.

Eichler, Volker: „Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Hessen „. Ein Dokumentationsprojekt der hessischen Staatsarchive. In: Knigge-Tesche, Ulrich (Hg.), a.a.O., S.612-624.

Heidenreich, Bernd /Mühlhausen, Walter (Hg.): Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik. Wiesbaden 2000.

Hennig, Eike (Hg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Frankfurt a.M. 1983.

Hessen hinter Stacheldraht. Verdrängt und vergessen: KZs, Lager und Außenkommandos. Herausgeber: Die Grünen im Landtag (Hessen)/ Lothar Bembek/ Frank Schwalba-Hoth. Frankfurt 1984.

Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Jahrestag des Landes Hessen. Herausgegeben von Klaus Böhme und Walter Mühlhausen.. Frankfurt 1995.

Knigge-Tesche, Renate und A. Ulrich (Hg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Frankfurt a.M. 1996.

Kogon, Eugen: Wiederaufbau und Neuanfang nach 1945. In: Uwe Schultz, Die Geschichte Hessens. Stuttgart 1983, S. 249-258

Krause-Vilmar, Dietfrid und Rudolf Messner: Leben zum Tode – ein Bericht über Versuche, gemeinsam mit Studierenden den Nationalsozialismus zu verstehen.
In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 8 (2002), 365-398.

Kropat, Wolf-Arno: Hessen in der Stunde Null 1945-1947. Wiesbaden 1979.

Kropat, Wolf-Arno: Hessens Weg in die Bundesrepublik Deutschland (1945-1949). In: Bernd Heidenreich und Konrad Schacht (Hg.): Hessen. Eine politische Landeskunde. Stuttgart-Berlin-Köln 1993, S. 77 - 94.

Kropat, Wolf-Arno: Entnazifizierung – Mitbestimmung – Schulgeldfreiheit. Hessische Landtagsdebatten 1947 – 1950. Eine Dokumentation. Wiesbaden 2004 (=Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 31)

Meusch, Matthias: Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956 – 1968). Wiesbaden 2001 (=Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 26)

Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1967.

Moritz, K./Noam, E: NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten. (=Justiz und Judenverfolgung. Band 2. Herausgegeben. von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen) Wiesbaden 1978.

Mühlhausen, Walter: Hessen 1945-1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit. Frankfurt a.M. 1985. (darin: „Entnazifizierung zwischen den Mühlsteinen“, S. 307-342).

Mühlhausen, Walter: Karl Geiler und Christian Stock. Hessische Ministerpräsidenten im Wiederaufbau. Marburg 1999.

Rebentisch, Dieter/ Raab, Angelika: Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand. Dokumente über Lebensbedingungen und politisches Verhalten 1933 - 1945. Neu-Isenburg 1978.

Recker, Marie-Luise:: Hessen im Dritten Reich. In: Bernd Heidenreich und Klaus Böhme (Hg.): Hessen. Verfassung und Politik. Stuttgart 1997, S.258-271

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hg.): Auseinandersetzung mit dem zerstörten jüdischen Erbe. Franz-Rosenzweig-Gastvorlesungen (1999-2005). Kassel 2004.

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hg.):Vergegenwärtigungen des zerstörten jüdischen Erbes. Kassel 1997 [enthält die ersten 12 Vorlesungen der Franz-Rosenzweig-Gastprofessuren].

Schön, Eberhart: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. Meisenheim am Glan 1972.

Erwin Stein (1903-1992). Politisches Wirken und Ideale eines hessischen Nachkriegspolitikers. Herausgegeben von Andreas Hedwig und Gerhard Menk. (In Verbindung mit der Historischen Kommission für Hessen) Marburg 2004.

-
- ¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrages auf dem Symposium der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden *60 Jahre Hessen. Geschichte, Kultur, Politik* am 1. März 2005 in Wiesbaden.
- ² Meusch, Matthias: Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956 – 1968). Wiesbaden 2001 (=Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 26). - Moritz, K./ Noam, E: NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten. (=Justiz und Judenverfolgung. Band 2. Herausgegeben von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen) Wiesbaden 1978. - Mühlhausen, Walter: Entnazifizierung zwischen den Mühlsteinen. In: ders.: Hessen 1945-1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit. Frankfurt a.M. 1985, S. 307-342. - Kropat, Wolf-Arno: Entnazifizierung – Mitbestimmung – Schulgeldfreiheit. Hessische Landtagsdebatten 1947 – 1950. Eine Dokumentation. Wiesbaden 2004 (=Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 31).
- ³ Zuletzt z.B.: Erwin Stein (1903-1992). Politisches Wirken und Ideale eines hessischen Nachkriegspolitikers. Herausgegeben von Andreas Hedwig und Gerhard Menk. (In Verbindung mit der Historischen Kommission für Hessen) Marburg 2004. – Zahlreiche Kurzbiographien in: Hessische Streiflichter. Beiträge zum 50. Jahrestag des Landes Hessen. Herausgegeben von Klaus Böhme und Walter Mühlhausen.. Frankfurt 1995, S. 153-195. - Mühlhausen, Walter: Karl Geiler und Christian Stock. Hessische Ministerpräsidenten im Wiederaufbau. Marburg 1999. – Heidenreich, Bernd /Mühlhausen, Walter (Hg.): Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik. Wiesbaden 2000.
- ⁴ Schön, Eberhart: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. Meisenheim am Glan 1972. - Hennig, Eike (Hg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Frankfurt a.M. 1983 - Kogon, Eugen: Wiederaufbau und Neuanfang nach 1945. In: Uwe Schultz, Die Geschichte Hessens. Stuttgart 1983, S. 249-258. - Kropat, Wolf-Arno: Hessens Weg in die Bundesrepublik Deutschland (1945-1949). In: Bernd Heidenreich und Konrad Schacht (Hg.): Hessen. Eine politische Landeskunde. Stuttgart-Berlin-Köln 1993, S. 77 - 94. - Recker, Marie-Luise: Hessen im Dritten Reich. In: Bernd Heidenreich und Klaus Böhme (Hg.): Hessen. Verfassung und Politik. Stuttgart 1997, S.258-271.
- ⁵ Arendt, Hannah, Besuch in Deutschland 1950.. Die Nachwirkungen des Naziregimes. In: Hannah Arendt, Zur Zeit. Politische Essays. Berlin 1986, S. 70
- ⁶ Arendt, Hannah, S. 44, 45 und 47.
- ⁷ Lewinski, Erich: Auszug aus seinem Tagebuch im Jahre 1948 (Privatbesitz Hans Mangold, Kassel)
- ⁸ HHStA Wiesbaden 502/4794: Lutz Niethammer, stud. phil. der Universität Heidelberg, beantragte im Dezember 1963 die Einsicht in die Spruchkammerakten, um „die Entstehung und Formulierung der Entnazifizierungspolitik in Hessen und ihre sozialen Auswirkungen an auszuwählenden Beispielen“ zu untersuchen. Niethammer versicherte vollen Personenschutz. Sein akademischer Lehrer, Prof. Dr. Werner Conze, und der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte (München), Dr. Krausnick, unterstützten den Antrag. Der abschlägige Bescheid wurde vom Direktor des HHStA, Dr. Geisthardt, wie folgt begründet: „Es dürfte unzumutbar sein, die Behandlung gerade eines solchen zeitgeschichtlichen Themas einem jungen Studenten anzuvertrauen, dessen politischer Blick und dessen politische Überzeugung kaum gefestigt sein dürfte.“ Außerdem könne das Thema „in wissenschaftlich zulässiger Weise nur durch Untersuchungen, die das ganze amerikanisch besetzte Deutschland betreffen, behandelt werden.“ Conze und Krausnick versuchten erneut wenngleich vergeblich, Geisthardt zu überzeugen. Niethammer wurde schließlich aus Wiesbaden mitgeteilt, dass sein Thema „anhand der amtlichen Druckschriften des Landes Hessen und der Druckschriften der amerikanischen Militärregierung“ bearbeitet werden könne. Das HHStA sehe allerdings „keine Möglichkeit, ihm die Druckschriften des Hauptstaatsarchivs zugänglich zu machen. Er müsste ihre Benutzung in den USA beantragen.“ - Niethammer führte sein Projekt daraufhin in Bayern durch: Niethammer, Lutz: Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung. Frankfurt a.M. 1972.
- ⁹ Die Stiftungsurkunde vom 7. Oktober 1947 (wiedergegeben z.B. in: HHStA 502/3976), von den drei Ministerpräsidenten der Länder und dem Bremer Senatpräsidenten unterzeichnet, sah die sofortige Gründung vor. Tatsächlich jedoch gewann der Kuratoriumsvorsitzende den Eindruck einer planmäßigen Verschleppung, wobei das Land Hessen anscheinend keine Ausnahme bildete. Finanzielle und rechtliche Bedenken wurden geltend gemacht. Der Hessische Finanzminister z.B. machte in einem Schreiben vom 9. Juli 1949 an Brill (HHStA 502/3976) folgendes geltend: Laufende Zuschüsse erscheinen zweifelhaft, „wenn nicht die amerikanische Militärregierung, deren Wunsch die Errichtung des Instituts entsprach, die wesentlichen Betriebsmittel [...] aufzubringen bereit ist“. Gegen laufende Zuweisungen der Länder habe er „schwerwiegende Bedenken“ und er schließe sich der Ablehnung der gemeinsamen Finanzierung des Instituts durch alle Länder der Trizone an. Dort sei darauf hingewiesen worden, dass der zeitliche Abstand für die Gründung eines solchen Instituts noch zu kurz sei und dass es bereits in einzelnen Ländern entsprechende Forschungen gäbe. Entscheidend sei jedoch, dass es keine Vorzugsbehandlung für dieses Institut mit länderübergreifenden Aufgaben geben dürfe. „Mit mindestens dem gleichen Recht könnte z.B. Hessen eine gemeinsame Finanzierung der von jeher gemeinsam finanzierten Römisch-Germanischen Kommission (Archäologisches Institut) in Frankfurt/M., des Paul-Ehrlich-Instituts oder

des Freien Deutschen Hochstifts, des Frobenius oder Chinainstituts oder des Forschungsinstituts für Kunstgeschichte verlangen.“ Brill verdeutlichte in einem langen Brief an des Hessischen Ministerpräsidenten am 4. November 1949 (HHStA 502/3978) erneut die Dringlichkeit der baldigen Einrichtung des Instituts, verwies auf Stimmen im Inland wie im Ausland, die bewiesen, „dass sich die in Deutschland politisch Verantwortlichen mit der in diesem Jahre eingetretenen Behandlung der Institutsfrage einer Unterlassung schuldig machen, für deren Beurteilung in der Zukunft man bange sein kann.“ Am 23. April 1950 bat er den Hessischen Ministerpräsidenten, „mich von einer weiteren Tätigkeit für das Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus zu entbinden“ (HHStA 502/3976). – Das „Deutsche Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ wurde im Jahre 1950 in München eingerichtet und im Jahre 1952 in „Institut für Zeitgeschichte“ umbenannt.

¹⁰ Kropat, Wolf-Arno: Hessens Weg in die Bundesrepublik Deutschland (1945-1949). In: Bernd Heidenreich und Konrad Schacht (Hg.): Hessen. Eine politische Landeskunde. Stuttgart-Berlin-Köln 1993, S. 87.

¹¹ Kropat, Wolf-Arno, Hessens Weg, S. 86 f.

¹² Stenographische Protokolle des Hessischen Landtags. I. Wahlperiode. (im folgenden zitiert: Protokolle I) Sitzung vom 19. Dezember 1946, S. 2.

¹³ Protokolle, 2. Sitzung vom 20. 12. 1947, S. 8 f.

¹⁴ Protokolle, 4. Sitzung vom 7.1.1947, S. 39.

¹⁵ Protokolle, 9. Sitzung vom 25. März 1947, S. 293.

¹⁶ Protokolle, 30. Sitzung vom 14.1.1948, S. 979 f. Wirtschaftsminister Dr. Koch hielt es angesichts der Vorhaltungen, dass hier wertvolles Gut einfach vernichtet würde, für angezeigt zu betonen, „dass die Militärregierung von deutscher Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, „dass es sich um die Vernichtung von Werten handle, die Mangelware darstellen und die durchaus noch zu verwerten seien. Dies wurde von den Angehörigen der amerikanischen Militärregierung – so heißt es in unserem Bericht – mit dem Bemerkten abgelehnt, dass es sich um Gegenstände handle, die aus dem Besitz von umgekommenen Insassen eines Konzentrationslagers durch die amerikanische Militärregierung sichergestellt worden seien und dass aus diesem Grunde keine anderweitige Verwertung, sondern nur eine restlose Vernichtung in Frage komme.“ Die Angelegenheit, so schloss der Minister, habe „nicht nur eine wirtschaftliche Seite, sondern das Urteil darüber bedarf, ich möchte beinahe sagen, einer metaphysischen Begründung.“

¹⁷ Protokolle, 2. Sitzung vom 20. Dezember 1947, S. 9.

¹⁸ Protokolle, 2. Sitzung vom 20. Dezember 1947, S. 10.

¹⁹ Kropat, Wolf-Arno: Entnazifizierung – Mitbestimmung – Schulgeldfreiheit. Hessische Landtagsdebatten 1947 – 1950. Eine Dokumentation. Wiesbaden 2004 (=Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, 31), S. 224-288.

²⁰ Kropat, Wolf-Arno: Hessische Landtagsdebatten, S. 243 f.

²¹ Protokolle, 4. Sitzung vom 7. Januar 1947, S. 42.

²² Protokolle, 6. Sitzung vom 20. 3. 1947, S. 85.

²³ Protokolle, 11. Sitzung vom 25. 4. 1947, S. 225.

²⁴ Kropat, Wolf-Arno: Hessische Landtagsdebatten, S. 237.

²⁵ Arendt, Hannah:

²⁶ Besonders vom NS-Staat verfolgte Menschen thematisierten die Probleme des Umgangs mit jenen Jahren. Viele von ihnen trugen durch eigene Untersuchungen bei wie z.B. die erste größere Veröffentlichung über die Geschichte der jüdischen Gemeinden in Hessen durch Paul Arnsberg (Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang. Untergang. Neubeginn. 2 Bände. Frankfurt am Main 1971)

²⁷ Adorno, Theodor W.: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit? In: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? Bericht über die Erzieherkonferenz am 6. und 7. November 1959 in Wiesbaden, veranstaltet vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Frankfurt a.M. 1959, S. 17 f.

²⁸ Der Auschwitz-Prozess. Tonbandmitschnitte, Protokolle, Dokumente. Herausgegeben vom Fritz Bauer Institut Frankfurt am Main und dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau. (Digitale Bibliothek). 2005.

²⁹ Moritz, K./Noam, E: NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten. (=Justiz und Judenverfolgung. Band 2. Herausgegeben von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen) Wiesbaden 1978.

³⁰ Der Beschluss des Kasseler Magistrats, die Geschichte der Stadt in den Jahren 1933-1945 zu erforschen, ging auf einen Antrag einer Stadtverordneten zurück, die sich auf die TV-Serie Holocaust wörtlich bezog.

³¹ Die Schriftenreihe „Nationalsozialismus in Nordhessen – Schriften zur regionalen Zeitgeschichte“, die die Universität Kassel seit 1983 herausgibt, publizierte in den 80er Jahren fast ausschließlich studentische Examensarbeiten und Dissertationen.

³² Hessen hinter Stacheldraht. Verdrängt und vergessen: KZs, Lager und Außenkommandos. Herausgeber: Die Grünen im Landtag (Hessen)/ Lothar Bembek/ Frank Schwalba-Hoth. Frankfurt 1984, S. XIII-XXXV.

